

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003995/2025
an den Rat
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Fabio De Masi (NI)

Betrifft: Haltung des Rates zur Verweigerung der Auslieferung eines Tatverdächtigen im Zusammenhang mit der Nord-Stream-Sabotage

Der polnische Premierminister Donald Tusk hat erklärt, den Tatverdächtigen Volodymyr Z., der im Zusammenhang mit der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines steht, nicht an die deutschen Behörden zu überstellen¹.

Angesichts der Bedeutung des Vorfalls als möglicher staatsterroristischer Anschlag auf die Energieinfrastruktur eines Mitgliedstaats stellt sich die Frage, welche Konsequenzen dies für die justizielle Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten hat.

Wie bewertet der Rat diese Entscheidung im Hinblick auf die Wahrung des Grundsatzes des gegenseitigen Vertrauens, die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen sowie die gemeinsame Verantwortung für den Schutz kritischer Infrastruktur in der Europäischen Union?

Eingang: 12.10.2025

¹ <https://de.euronews.com/2025/10/08/nord-stream-polen-tusk>